



Merkel und zu Guttenberg führen Krieg in Afghanistan. Aber 69 Prozent der Bundesbürger sind dafür, dass die Bundeswehr „möglichst schnell aus Afghanistan abziehen“ soll. Siehe ARD-Deutschlandtrend vom 3. Dezember. Auch in Neukölln ist die überwältigende Mehrheit gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes. Die Friedensbewegung hatte gefragt. [Lesen Sie auf Seite 6](#)

Bundeswehr abziehen statt aufstocken

Gemeinsam sind wir stärker

Das Jahr 2009 geht zu Ende. DIE LINKE ist in diesem Jahr stärker geworden. Durch neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, bei den Bundestagswahlen, bei vielen Aktionen. Das sind gute Voraussetzungen für 2010. Schwarz-Gelb konnte zwar im Bundestag eine Mehrheit erreichen, in der Bevölkerung hat sie diese Mehrheit nicht. DIE LINKE wird verstärkt mobilisieren: gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und gegen die Nazis, die in Krisenzeiten Morgenluft wittern. Um Erfolg zu haben muss DIE LINKE stärker werden. Deshalb der Appell und die Einladung für 2010: Mach' mit in der Partei DIE LINKE.

In dieser Ausgabe:

- 2** Der Weiterbau der A100 liegt auf Eis.
- 4** Schulstrukturreform für Neukölln? Welche Schulen werden zusammengelegt?
- 5** Luxuswohnungen im Schatten des Tempelhofer Radarturms? Bericht vom Hearing der LINKEN.
- 6** US-Deserteur sucht Asyl in Deutschland. André Shepherd im Porträt.
- 8** Task Force Okerstraße. Kapitalismus von unten erlebt.

Giftliste!

Im Bundesfinanzministerium liegt eine Giftliste in der Schublade, die jetzt heraus geholt wird.

Das will Schwarz-Gelb künftig unter anderem streichen: Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die ermäßigte Umsatzsteuer auf Bücher oder Zeitschriften sowie die Arbeitnehmer-sparzulage.

Erstellt wurde die Liste, wie das Magazin „Der Spiegel“ meldet, von Experten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts aus Köln, des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und des dänischen Beratungsunternehmens Copenhagen Economics.

Außerdem soll das Mietrecht geändert werden. Vermieter sollen begünstigt werden: bei Kündigungsfristen und bei der „Duldung von Modernisierungen“.



DIE LINKE. Neukölln: Freitag, 18. Dezember, ab 20 Uhr im Lagari, Pflügerstraße Ecke Nansenstraße (Nahe U-Bahnhof Hermannplatz) mit Nightliner Project, Sherz, Lee Viajero, The Edgy Drifters, Alemannhungry

Modellprojekt „Deutsch-Garantie“ in Neukölln?

Jubiläum: 666. Sitzung der Bezirksverordneten seit 1946

Die letzte BVV in diesem Jahr, am 2. Dezember, war die 666. Sitzung seit der ersten Einberufung im Jahr 1946. Eigentlich ein Grund zum Feiern, aber das gab die lange Tagesordnung nicht her.

Es standen viele Punkte zur Debatte, vom Urteil zu den Wasserbetrieben, der Stand und die Schwierigkeiten bei der Schweinegrippenimpfung, bis hin zur Task Force Okerstraße. Die kompletten Unterlagen einschließlich der schriftlichen Antworten sind in der Geschäftsstelle der LINKEN am Richardplatz 16 einsehbar.

Zur Großen Anfrage der CDU zum Modellprojekt „Deutsch-Garantie“ brach eine ziemlich heftige Debatte los. Die CDU schlug vor, in Neukölln, ähnlich wie im Wedding, in den Grundschulen eine Extraklasse einzurichten für die Kinder, die zu Schulbeginn schon sehr gut



Vignette: Franz Zauleck

Deutsch sprechen. Die Gefahr der Ausgrenzung von Migrantenkindern sahen sie nicht, sondern eine Chance für deutsche Kinder, die in Neukölln stark in der Minderheit seien. Vielleicht würden dann nicht mehr so viele Deutsche wegziehen, oder entdeckten den Bezirk als Nische in Berlin neu.

Das erregte nicht nur die Gemüter der in der BVV vertretenen Verordneten mit Migrationshintergrund, auch Bildungsstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) war ent-

setzt über die Art und Weise der von der CDU initiierten Diskussion. Er zählte viele Beispiele auf, wie die Kinder nicht nur in der Schule, sondern auch in der Musikschule, in Theaterprojekten, Sportvereinen und bei vielen anderen Gelegenheiten miteinander umgehen und kommunizieren und zwar auf Deutsch. Eine Aussonderung in der Grundschule würde dieses unbeschwertere Miteinander empfindlich stören. Ziel müsse es sein, dass alle Kinder, gleich welcher Herkunft, in der Kita die sprachlichen und motorischen Voraussetzungen für die Einschulung erhalten. Auch Gülaysan Karaaslan, Verordnete der LINKEN, warf der CDU vor, Integration einzufordern, aber durch die Hintertür Segregation zu meinen.

Der zur Großen Anfrage gehörende Antrag wurde in den Ausschuss Bildung/Schule/Kultur überwiesen.

Sylvia Stelz,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
in der BVV Neukölln

Elterngeld auch für ausländische Eltern – jetzt!

„Das Bundessozialgericht hält den Ausschluss ausländischer Eltern vom alten Erziehungsgeld zu Recht für verfassungswidrig. Da die Vorschriften nun für das neue Elterngeld weiter gelten, ist es höchste Zeit für eine Korrektur“. Das erklärte am 3. Dezember die migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Sevim Dagdelen, nach der Vorlageentscheidung des Bundessozialgerichts an das Bundesverfassungsgericht zum Ausschluss von ausländischen Eltern vom Bezug von Familienleistungen.

Die kostenlose Hartz-IV-Beratung in den Räumen der LINKEN

am Richardplatz 16 wird bis auf Weiteres nach persönlicher Vereinbarung angeboten.

Kontakt über:
Franziska Lorenz-Hoffmann,
Telefon: 030-53084626,
E-Mail:
franziska.lorenz-hoffmann
@die-linke-neukoelln.de

Weiterbau der A 100 auf Eis gelegt

Die Verlängerung des Südringes von Neukölln nach Treptow hätte mit 420 Millionen Euro Baukosten zum teuersten Straßenabschnitt Deutschlands werden sollen.

Beim Senat sind 2.500 Einwendungen gegen den Weiterbau eingegangen. Er musste sich in den letzten Novemberwochen öffentlich damit beschäftigen.

Kritik gab es wegen der hohen Kosten und dem zweifelhaften Nutzen einer Umlenkung des Verkehrs auf eine zusätzliche Trasse. In Berlin ist nämlich der Autoverkehr in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Besonders stark war der Protest im benachbarten Treptow, das vom Bau als nächstes betroffen wäre. Dort wehrt man sich gegen den Abriss von Mietshäusern, die Aufgabe ganzer Kleingartenkolonien sowie gegen drohende Baumfällungen am Treptower Park.



An der Grenzallee endet die Stadtautobahn A100, für die Fortsetzung nach Treptow wurde die Bremse gezogen.

Längst hat das Projekt mehr Gegner als Befürworter. Auch die Basis der Berliner SPD und DIE LINKE insgesamt haben dazugelernt, denn die A 100 war einmal Bestandteil des Koalitionsvertrages. Die „Bremse gezogen“ wurde laut Jutta Matuschek (DIE LINKE) durch die Sperrung der Planungskosten im Haushalt 2010/11. Damit läuft zunächst gar nichts mehr.

Nun muß die SPD noch ihre eigene Senatorin für Stadtentwicklung und Autobahnbefürworterin Ingeborg Junge-Reyer stoppen.

Neuköllnern stellt sich im Nachhinein die Frage: Hätten wir uns stärker gegen den im Bezirk fast abgeschlossenen Autobahnbau wehren müssen? Damals wurde ein Teil der Wederstraße abgerissen. Erhalten bleibt jedenfalls die Aufgabe,

den an „unserem“ Ende der Trasse in die Grenzallee einmündenden Verkehr verträglich abfließen zu lassen. Bei der Suche nach einer praktikablen Lösung mag uns Norbert Rheinlaender – ein legendärer Streiter gegen den Berliner Autobahnausbau und selbst Planer – mit neuen Konzepten beistehen.

Marlis Fuhrmann

Dresden 2010: Nazis stoppen

Kampf um die Straße, um die Köpfe und die Parlamente, das ist erklärtes Ziel der NPD. Nach ihrer Bundestagswahlpleite wollen die Nazis verstärkt Präsenz auf der Straße zeigen. Der Jahrestag der Bombardierung Dresdens, kurz vor dem Ende des zweiten Weltkrieges im Februar 1945, wird zum Anlass genommen, hier eine Kraftprobe zu unternehmen. Dafür wird europaweit in der rechtsextremistischen Szene geworben.

Der Naziaufmarsch in Dresden ist ernst zu nehmen. Mit ihren nationalistischen Parolen gegen Fremde, vor allem gegen Muslime, versuchen sie in der Wirtschaftskrise Stärke und politischen sowie gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Sie fühlen sie ermutigt davon, dass am 13. Februar dieses Jahres 7.000 Nazis, ebenfalls unter dem Vorwand des Gedenkens an die Opfer des Bombenangriffs von 1945, ungehindert durch Dresdens Innenstadt marschieren konnten. Obwohl mehr als 10.000 Demokraten gegen den Naziaufmarsch protestierten. Das war der bisherige Höhepunkt des Versuchs, Dresden zur Nazi-Pilgerstätte zu machen.



Foto: Jan Maas

Am 13. Februar 2009 protestierten mehr als 10.000 Demonstranten in Dresden gegen den Naziaufmarsch.

Mythos Dresden

Es gibt einen „Mythos Dresden“, den die Nazis 2010 für ihre Mobilisierung nutzen wollen. Er stammt von Nazi-Propagandachef Goebbels persönlich, der schon in den Tagen nach dem Bombenangriff von 300.000 Toten gesprochen hatte. Goebbels wollte damit die Kriegsverbrechen Nazideutschlands relativieren und die „Volksgemeinschaft“ für die Fortsetzung des Krieges gewinnen.

Die von der Nazi-Propaganda über die Opfer des Bombenangriffs auf Dresden veröffentlichten Zahlen

stimmten nicht. Aber auch mit den offiziell bestätigten 25.000 Toten und der totalen Zerstörung der Innenstadt zu einem Zeitpunkt, da der Krieg schon entschieden war, bleibt der Angriff ein Kriegsverbrechen und eine Mahnung für die Menschheit. Ein neuer Krieg zwischen hochgerüsteten Industriestaaten brächte Tod und Verderben über uns. Deshalb ist ein konsequenter Antimilitarismus ein angemessener Ausdruck eines linken Gedenkens an die Bombennacht vom 13. Februar 1945: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Proteste unterstützen

DIE LINKE.Berlin wird mit dazu beitragen, den Naziaufmarsch in Dresden am 13. Februar 2010 zu stoppen. Sie ruft alle Mitglieder und SympathisantInnen der LINKEN auf, sich an der Mobilisierung zu den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden zu beteiligen. Gemeinsam mit Bündnispartnern wird DIE LINKE.Berlin Fahrtrmöglichkeiten nach Dresden organisieren. Wer dabei sein will, die Nazis zu stoppen, kann sich bei der LINKEN in Neukölln melden.

DIE LINKE fordert Banken-Verstaatlichung

DIE LINKE im Bundestag fordert die Überführung des privaten Bankensektors in öffentliches Eigentum, um die Kreditklemme zu überwinden.

In einem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Hausbankenprinzip der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aussetzt. Damit soll die KfW in die Lage versetzt werden, unmittelbar Kredite zu annehmbaren Bedingungen an Unternehmen vergeben zu können und nicht nur wie bisher indi-

rekt über die Hausbanken von Unternehmen.

Außerdem soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Überführung privater Banken in öffentliches Eigentum regelt. Die Banken sollen dabei außerdem auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Nur dadurch könne sichergestellt werden, dass Unternehmen wieder Kredite erhalten würden. Nach Ansicht der Linksfraktion sind die privaten Banken „sowohl für die Finanzkrise als auch für die aktuelle Kreditklemme in besonderem Maße verantwortlich“. Der Grund liege in der übersteigerten Renditeorientierung des privaten Bankensektors

und an der mangelnden Eigenkapitalbasis. Die Linksfraktion verweist auf Schätzungen, nach denen allein die deutschen Banken immer noch toxische Papiere im Wert von 300 bis 600 Milliarden Euro in ihren Büchern stehen hätten. Diese Papiere müssten zum realistischen Wert, der nach Ansicht der Linksfraktion in vielen Fällen bei null liegen dürfte, aus den Bilanzen ausgegliedert werden. Da das Eigenkapital der Banken dadurch weitgehend vernichtet sei, müsse ihnen neues Eigenkapital zugeführt werden, was nur der Staat leisten könne.

Dieser Schritt komme „einer Verstaatlichung gleich“, schreibt die

Linksfraktion. Die öffentliche Hand müsse dann direkten Einfluss auf die Kreditpolitik der einzelnen Banken nehmen und dies mit einer „strikten Regulierung und demokratischen Kontrolle des gesamten Bankensektors verbinden“. Nur die öffentliche Hand könne sicherstellen, dass die Banken keine übertriebenen Renditeziele mehr verfolgen, sondern ihre Geschäftspolitik am Gemeinwohl ausrichten würden. Die Fraktion weist außerdem darauf hin, dass die Kreditklemme nach einer Umfrage des Kreditversicherers Euler bei 40 Prozent aller Insolvenzen in der ersten Jahreshälfte die „zentrale Ursache“ gewesen sei.

Was bringt die Schulstrukturreform in Neukölln?

In Berlin gibt es viele verschiedene Schulformen, also auch in unseren Bezirk Neukölln.

Fast alle Schüler absolvieren die sechsjährige Grundschule. Dann beginnt spätestens die Teilung auf die verschiedenen Schulformen.

Hauptschule, Realschule, Gymnasium und die Gesamtschule standen für die Schüler und ihre Eltern bisher zur Auswahl. Ab dem nächsten Schuljahr wird alles anders. Die Haupt- und Realschulen werden zu integrierten Sekundarschulen zusammengelegt und die Gesamtschulen werden ebenfalls in integrierte Sekundarschulen umgewandelt. Ebenfalls geht die neue Schulform Gemeinschaftsschule an den Start, nur an den Gymnasien ändert sich nichts.

Was ist eine integrierte Sekundarschule?

Sie soll eine Schule für alle sein. Sie baut auf den Erfahrungen der Gesamtschule in Berlin auf. Auf diesen Schulen sollen alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur nach 13 Jahren möglich sein. Sie sollen eine eigene Oberstufe haben oder eine verbindliche Kooperation mit einer Schule, die eine eigene Oberstufe hat, eingehen. In den Sekundarschulen werden die Schüler leistungsdifferenziert unterrichtet. Wie dies geschieht soll die Schule selbstständig entscheiden. Die Klassen-



Foto: Jakob Huber for social change

Gemeinsam länger lernen, wie hier an der Fritz-Karsen-Gesamtschule in Britz. Sie soll mit der Schulstrukturreform in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt werden.

größe soll 25 Schüler nicht übersteigen. Abschlüsse für Klassengrößen bei Schulen in sozialen Brennpunkten soll es geben.

Was ist eine Gemeinschaftsschule?

In dieser Schulform sollen alle Schüler von der ersten bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Die Fähigkeiten und Fertigkeiten aller Schüler sollen durch individuelle Förderung besser entwickelt werden. Für alle soll durch selbstständiges Lernen und die Unterstützung individueller Lernwege eine höhere Leitungsentwicklung ermöglicht werden. Die Schule soll

sich als demokratischer Lern- und Lebensraum entwickeln. Alle an der Schule beteiligten sollen eng zusammenarbeiten. Auch die Gemeinschaftsschule solle eine eigene Oberstufe haben oder eine Kooperation mit einer Schule eingehen, die eine Oberstufe hat, so dass das Abitur nach 12 oder 13 Schuljahren abgelegt werden kann.

Die Auswirkungen für Neukölln

Die Franz-Schubert-Grundschule, die Rütli-Hauptschule und die Heinrich-Heine-Realschule werden zu einer Gemeinschaftsschule zusammengelegt.

Die Fritz-Karsen-Gesamtschule und die Walter-Gropius-Gesamtschule werden in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.

Die Alfred-Nobel-Realschule und die Anna-Siensen-Hauptschule werden zu einer Sekundarschule zusammengelegt. Ebenfalls werden die Kurt-Löwenstein-Hauptschule und die Röntgen-Realschule zu einer Sekundarschule zusammengelegt. Desgleichen die Thomas-Morus-Hauptschule und die Zuckmayer-Realschule.

Die Umwandlung beginnt mit dem nächsten Schuljahr.

Michael Anker

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 10/2009 - DEZEMBER

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
 Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

Luxuswohnungen im Schatten des Tempelhofer Radarturmes?

Bericht vom Hearing zum Tempelhofer Feld

Am 3. November fand im Böhmischen Dorf ein Hearing der Neuköllner BVV-Fraktion der LINKEN zur Nachnutzung des Tempelhofer Feldes statt.

Eingeladen waren aus der Linksfraktion des Berliner Abgeordnetenhauses Jutta Matuschek (Verkehrs- und haushaltspolitische Sprecherin) und Thomas Flierl (Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses), insbesondere aber Vertreter des Wissenschaftsstandortes Adlershof, deren Entwicklungsgesellschaft auch Tempelhof entwickeln soll. Sie galt es zu befragen. Von bezirklicher Seite saßen außerdem Marlis Fuhrmann für die Neuköllner LINKE und Thomas Hinrichsen für die Interessengemeinschaft „Bunter Hund“ auf

ein. Unter anderem erfuhr man von einer Aussetzung der Flächennutzungsplanänderung, was sogar für den Vertreter des Stadtplanungsausschusses neu war. Marlis Fuhrmann thematisierte die Ansprüche der Neuköllner Anwohner an die Fläche und setzte sich mit der Idee einer Gartenbauausstellung auseinander. Der Vertreter des „Bunten Hundes“ forderte ein großes Hundeauslaufgebiet.

Während die Abgeordneten und die Adlershofer ausführlich auf eine künftige Nutzung des Flughafengebäudes eingingen, interessierte sich das Neuköllner Publikum stärker für die anschließenden Quartiere auf ihrer Seite. So wurde ein Umzug der neuen Landesbibliothek in das alte Gebäude oder in einen Neubau vorwiegend auf dem Podium diskutiert. Wichtig für die Neuköllner war dagegen, ob eine Bebauung an der

gemerkt, dass es für diesen sehr umstrittenen Teilbereich bereits einen Architektenwettbewerb gegeben hätte.

Am Rande der Debatte überraschte die Auskunft der Adlershofer Entwicklungsgesellschaft, dass der Radarturm am Columbiadamm auch künftig in Betrieb bleiben wird. Dazu werden der Turm selbst sowie ein eingezäuntes Teilgrundstück zur Unterbringung der Bedienungsmannschaft der Bundeswehr im Bundesbesitz verbleiben. Allerdings erscheint es schwer vorstellbar, im Schatten des Radarturmes Wohnungen des „gehobenen Bedarfs“ zu vermarkten. Weder vergessen noch erledigt ist der Streit um die Entschädigung von durch Radaranlagen stark belasteten Bundeswehrsoldaten.

Gegen Ende wurde auf die Entwicklungskosten des gesamten Are-

als eingegangen. Obwohl der Kauf des Bundesanteiles 28 Millionen Euro betragen hatte, wollte der Vertreter der Entwicklungsgesellschaft „mit einer schwarzen Null“ abschließen. Das dürfte nicht ohne die Vermarktung größerer Flächen möglich sein – wahrscheinlich eine der künftigen Aufgaben dieser Gesellschaft.

Positiv ist anzumerken, dass das Tempelhofer Feld künftig für Sport- und Freizeinutzung teilweise geöffnet wird. Eine Gartenbauausstellung sichert hoffentlich große Flächenanteile für die Bewohner der angrenzenden Bezirke und darüber hinaus. Wichtig ist, daß kein eingezäunter Park entsteht, dessen Eintritt sich die Neuköllner nicht leisten können.

Ziel der Neuköllner LINKEN ist deshalb ein großer öffentlicher Park für alle.

Thomas Licher



Zeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Schöner Wohnen unterm Radarturm. So sieht die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Zukunft des Tempelhofer Feldes.

dem Podium. Im Namen der BVV-Fraktion moderierte Heinz Schugowski.

Nach den üblichen Vorreden berichtete Jutta Matuschek über die Vorgeschichte zur Stilllegung des Flughafens und die kontroversen Vorstellungen bezüglich Vermarktung und gemeinwohlorientierter Nutzung innerhalb von Senat und Fraktion. Der Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft führte dann in den Planungsprozess für das ehemalige Flughafengelände

Oderstraße überhaupt notwendig sei. Im Schillerkiez befürchten viele Anwohner, daß eine Luxusbebauung auf dem ehemaligen Sportpark entlang der Oderstraße zu heftigen Mietsteigerungen und einer Verdrängung der angestammten Bevölkerung führen könnte.

Die in ihrem Bestand bedrohten Kreuzberger Kleingärtner an der Golbener Straße (neben dem TIB) erkundigten sich nach dem Planungsstand des Wohnquartiers am Columbiadamm. Kritisch wurde an-

IGA Internationale Gartenbauausstellung

IBA Internationale Bauausstellung

Chance oder problematische Entwicklung?

Gerade ist die erste Entscheidung gefallen – 2017 wird eine IGA im Nordbereich des Tempelhofer Feldes stattfinden.

Schnell hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Übersichtsplan veröffentlicht. Demnach reicht das künftige Ausstellungsgelände vom Columbiadamm bis zur nördlichen Startbahn. Dort sind auch weiterhin zwei Baufelder vorgesehen und nicht nur Grün. Eigene „Quartierparks“ würden sich auf die projektierte Bebauung beziehen. IGA bedeutet auch: da steht ein Zaun während der Bauzeit, der Ausstellung und üblicherweise bleibt er danach.

Aber das will DIE LINKE nicht. Stattdessen soll die (von Berlin finanzierte) IGA den Neuköllner Sport- und Spielpark wieder aufbauen, verschiedenste Nutzer und Nutzungen unentgeltlich zulassen, ebenso die Blumenrabatten in der Hasenheide pflanzen und Konzerte auf der Freilichtbühne organisieren ...

Was die IBA angeht – auch für sie gäbe es kommunale Bauaufgaben. Im Flughafengebäude ließe sich eine Bibliothek samt ihren Magazinen und ein Medienzentrum unterbringen. Außerdem brauchen wir zu Ganztagschulen und Kiezentren ausgebaute Schulstandorte.

Marlis Fuhrmann



„DIE LINKE solidarisiert sich mit dem Asylersuchen. André Shepherd ist gegenstandesgegen Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, das schrieben mehrere Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

US-Deserteur sucht Asyl in Deutschland

„Ich war Mitglied der US-Armee, bis mir klar wurde, dass mein Gewissen mir nicht länger erlaubt, dort weiter zu dienen. Ich bin zur Zeit unerlaubt abwesend und habe in Deutschland politisches Asyl beantragt.“

Im Versammlungsraum der Gewerkschaftsjugend im DGB-Haus ist es an diesem Freitagabend im November 2009 eng, als André Shepherd über die Gründe spricht, die ihn zu dem folgenschweren Schritt veranlassen haben. Viele Aktive der Friedensbewegung sind gekommen, um ihm zuzuhören. An diesem Tag beginnt die bundesweite Abstimmungsaktion „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“.

André Shepherd verpflichtete sich im Januar 2004 im Alter von 26 Jahren zum Militärdienst. Er hatte Informatik studiert. Er suchte Arbeit. Firmen sagten ihm, er müsse mindestens fünf Jahre Praxis oder einen Masterabschluss haben. Der „Arbeitsmarkt“ war nach dem Platzen der Spekulationsblase im IT-Bereich „gesättigt“. Keine Chance. Er jobbte mal hier, mal da. Eine prekäre Situation. Rekurrierer der Armee sprachen ihn an: geregelte Bezahlung, kostenlose Unterbringung, kostenlose medizinische Versorgung, bezahlte Ausbildung, bezahlte Reisen, bezahlter Urlaub.

Außerdem könne er etwas gutes für sein Land tun. Ein verlockendes Angebot.

Er wurde Flugzeugmechaniker, 5.000 Dollar Bonus gab es auf die Hand. Nach der Ausbildung kam der Einsatzbefehl in den Irak und damit in den „Krieg gegen den Terror“. Was er hier erlebte, brachte ihn zum Nachdenken über die Kriegsziele. „Ich glaube, es gibt kein schlimmeres Gefühl auf der Welt, als erkennen zu müssen, dass man mit dem Handeln, das man für richtig hielt, Elend und Zerstörung verbreitet hat.“ Er sorgte mit dafür, dass die Apache-Hubschrauber ihre Einsätze fliegen konnten. „Wenn ich mir die Videos von den mutmaßlichen Aufständischen anschaute, die von den Maschinengewehren zerfetzt oder von den Raketen in Stücke gerissen worden waren, sah ich das Ergebnis der Arbeit meiner Hände.“ Als er den nächsten Marschbefehl in den Krieg erhielt, verließ er die Truppe.

Seither hat er intensiv geforscht zum Thema Angriffskriege. Die Nürnberger Prozesse gegen die Nazi-Kriegsverbrecher waren eine wichtige Quelle. Er sagt: „Sie wurden verurteilt, weil sie einen Angriffskrieg und Kriegsverbrechen vorbereitet hatten. Das ist eine Lehre für heute.“

Klaus-Dieter Heiser

André Shepherd braucht Solidarität für seinen Asylantrag. Informationen gibt es im Internet: www.connection-ev.de

Offener Brief an die Neuköllner Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang



Stefanie Vogelsang (CDU-MdB) stimmte im Bundestag für die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan

Foto: CDU

Sehr geehrte Frau Vogelsang,

Sie haben am 3. Dezember als Neuköllner Bundestagsabgeordnete für die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan gestimmt. Sie haben damit anders entschieden, als einige Kollegen ihrer CDU/CSU-Fraktion.

Sie kennen sicherlich die Umfragen, in denen sich die Mehrheit der Bundesbürger für den schnellst möglichen Rückzug der Bundeswehr ausgesprochen haben. Am Tag, als sie für den Kriegseinsatz gestimmt haben, veröffentlichte die ARD, dass 69 Prozent der Bundesbürger dafür sind, dass die Bundeswehr „sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen sollte“. Dies sind 12 Punkte mehr im Vergleich zum September dieses Jahres. Nur 27 Prozent sind der Meinung, die Bundeswehr sollte weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben (-10).

Wir haben in Neukölln, ihrem Bundestagswahlkreis, die Probe gemacht. Am 21. November haben wir von 11.00 bis 13.00 Uhr eine Abstimmungsaktion organisiert zu der Frage: „Sind Sie für die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan?“ In dieser Zeit wurden am S-Bahnhof Neukölln, am Karl-

Marx-Platz und in der Hermannstraße vor dem Kindl-Boulevard 489 Stimmzettel abgegeben: 18 stimmten mit „Ja“, 471 mit „Nein“.

Auf dem Abstimmungszettel gab es zusätzlich die Möglichkeit für Kommentare. Einige davon wollen wir Ihnen nicht vorenthalten: „Das Geld bitte für andere vorrangige Ziele einsetzen. Keine toten Soldaten mehr.“ - „Der Krieg verschlimmert die Situation.“ - „Nein - weil viele Menschen ohne Grund sterben müssen.“ - „Zivile Förderung unbedingt notwendig.“ - „Die Lage in Afghanistan wurde verkannt, so ‚befreit‘ man niemanden!“

Unsere Schlussfolgerung ist: Die eindeutige Mehrheit lehnt den Bundeswehreinsetz in Afghanistan ab. Und das sollten Sie unterstützen. Falls Sie Zweifel an unserer Interpretation haben, dann laden wir Sie ein: Kommen Sie mit uns zu einem von Ihnen gewählten Platz in Neukölln und fragen wir gemeinsam die Bürgerinnen und Bürger was sie zum Bundeswehreinsetz in Afghanistan meinen.

Mit besten Grüßen
Aktive aus der Friedensbewegung in Neukölln

„Die eindeutige Mehrheit in Neukölln lehnt den Bundeswehreinsetz in Afghanistan ab.“



Fotos: KDH (2)

Abstimmungsaktion am 21. November von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr am S-Bahnhof Neukölln. Die Antwort auf die Frage: „Sind Sie für die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan?“ war ein klares „Nein“.

„Leben von der Kunst geprägt“

Gespräch mit Heike Arndt über „Leuchtende Herbstbilder“ am Richardplatz



Foto: Julia Dobberstein

Heike Arndt

Gegenwärtig ist im Zentrum der Neuköllner LINKEN am Richardplatz eine Ausstellung mit Gemälden und einer Plastik der dänisch-deutschen Malerin Heike Arndt zu sehen. Wir interessierten uns näher für das Schaffen der Künstlerin.

Heike, du arbeitest ja eigentlich in Dänemark, wie entstand die Idee zur Ausstellung „Leuchtende Herbstbilder“, die wir momentan in Neukölln besichtigen können?

Heike Arndt: (lacht) Das weißt Du doch genau. Wir waren noch neu

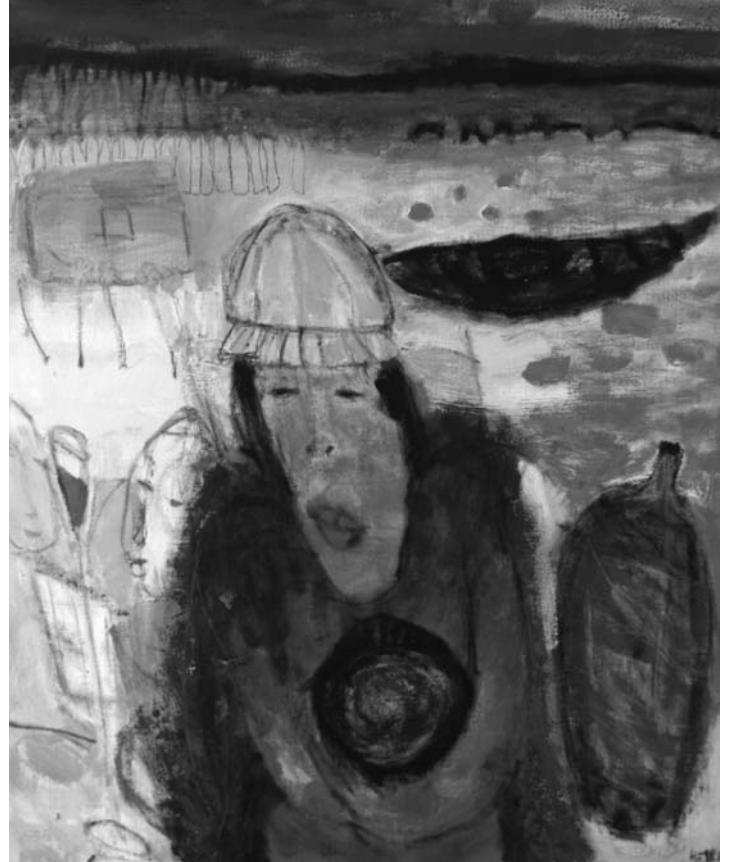
hier in Berlin, als Du von der Neuköllner LINKEN in unserer Galerie auftauchtest. Du warst von Anfang an begeistert von meinen Bildern. So war es nur noch ein Schritt, die Ausstellung nach Neukölln zu bringen.

Seit wann betreibst Du die Galerie in Berlin?

Heike Arndt: Im Sommer 2008 eröffnete ich die Galerie in Friedrichshain, in der ich neben eigenen auch Werke anderer, vor allem deutscher und skandinavischer, Künstler ausstelle. Gerade lief mit großem Erfolg eine umfangreiche Schau von Hans Ticha, den einige bestimmt noch als Illustrator zahlreicher Bücher aus der DDR kennen. Ich sehe die Galerie gern als Plattform für eine tiefere Zusammenarbeit und hoffe, dass das sie noch weiter ausgebaut wird. Und ich bin froh, diesen Ort in dieser Stadt gefunden zu haben – Berlin ist für mich die interessanteste Kulturstadt Europas.

Anscheinend arbeitest du viel im Ausland?

Heike Arndt: Ja, ich verbringe etwa sechs Monate pro Jahr in anderen Ländern, male dort und stelle aus. Es bleibt nicht viel Zeit für Urlaub, aber der Aufenthalt in all diesen Ländern hat mein Leben und so



Die Ausstellung „Leuchtende Herbstbilder“ am Richardplatz 16 kann bis zum 29. Januar 2010 kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung 030-6135919.

auch meine Kunst nachhaltig geprägt. Ich habe ja nicht nur in Nachbarländern wie den Niederlanden gelebt, auch in Brasilien, den USA, Neuseeland, China und mehrmals in Grönland.

Viele deiner Bilder entzücken den Betrachter durch ein beeindruckendes Spiel kräftig leuchtender Farben, die Wärme und Freude vermitteln. Wie möchtest du die Entstehung, die Hintergründe deiner Werke beschreiben?

Heike Arndt: Ich arbeite sehr lange an den einzelnen Bildern, oft Monate, manchmal auch mehrere Jahre. Die intensiven Farben sind mein persönliches Markenzeichen, ich liebe es, mich in ihnen auszudrücken. Ich komme ja aus der DDR, bin aber schon 1985 nach Dänemark gezogen und habe anschließend in Italien Kunst studiert. Schon dort begann ich, auf diese expressive Art zu arbeiten. Ich kann



wirklich nichts Näheres über die Hintergründe der einzelnen Werke sagen. Natürlich beschäftigt mich der Mensch als Individuum, das Zusammenleben und das Überwinden von Abgrenzungen, beim Malen lasse ich mich jedoch einfach nur von der Inspiration leiten.

Die Galerie Heike Arndt befindet sich in der Voigtstraße 12 in 10247 Berlin. Einen umfangreichen Einblick gewährt auch ihre Homepage www.heike-arndt.dk

Interview: Julia Dobberstein

Anzeige

**LINKER JOURNALISMUS
BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT
BRAUCHT LINKEN
JOURNALISMUS**

**JETZT
GRATIS
TESTEN!**

DAS ND-PROBEABO

Jetzt 2 Wochen kostenlos und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

► DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.

Donnerstag, 10.12.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 7.1.2010, 19.00 Uhr

Jahresabschluss 2009

Freitag, 18.12.2009, 16.00 Uhr mit Kaffee und Kuchen
DIE LINKE, Richardplatz 16

Linksrock - Rote Weihnachten
ab 20.00 Uhr im Lagari, Pflügerstraße/Ecke Nansenstraße

BO Hermannstraße

Mittwoch, 9.12.2009, 19.00 Uhr: Aktuelles, Landesparteitag, Schwerpunkte im nächsten Jahr
im Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29, 12053 Berlin

Diese Sitzung ist die letzte in diesem Jahr, daher wird Marlies, wie im letzten Jahr, eine leckere Suppe anbieten.

BO Reuterkietz

Dienstag, 8.12.2009, 19 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant Odysseus, Friedelstr. 37, 12047 Berlin

BO Rixdorf

Donnerstag, 14.1.2010, 19.00 Uhr: „Eigentum unter den Bedingungen des kapitalistischen Marktes. Was können wir von Rosa Luxemburg lernen?“
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Info-Stände jeweils dienstags ab 17.30 Uhr und sonntags ab 9.00 Uhr auf dem Bat-Yam-Platz (U-Bhf. Lipschitzallee)

BO Demokratische Linke

Montag, 7.12.2009, 19.00 Uhr
„Resümé 2009 und Aufgaben 2010“,
DIE LINKE, Richardplatz 16

HARTZ IV AG

Donnerstag, 7.1.2010, 17.30 Uhr

Zu Gast: Werner Schulten von der BAG Hartz IV
DIE LINKE, Richardplatz 16.

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 5.12.2009
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 22.12.2009

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.



Foto: Angela Knobloch, www.composed-images.com

Keine Ausgrenzung, kein Rassismus im Schillerkiez.

Kapitalismus von unten erlebt

Task Force Okerstraße bleibt umstritten

Bürgermeister Buschkowsky, der Integrationsbeauftragte Mengelkoch und das Quartiersmanagement Schillerpromenade haben es geschafft: die Okerstraße wird zum Politikum; denn dort gibt es jetzt eine „Task Force“.

Sozialarbeiter sollen in diesem Rahmen u.a. mit der Polizei und dem Jugendamt zusammenarbeiten. Seit Sommer anhaltende Proteste gegen dieses überdimensionierte Projekt konnten auch auf einer Anwohnerversammlung in der voll besuchten Genezarethkirche, durch das Quartiersmanagement einberufen, nicht ausgeräumt werden.

Bereits 2007 stellte der zuständige Quartiersbeirat fest: Es häufen sich Anwohnerbeschwerden über öffentliche Verwahrlosung und mangelnde Sicherheit am vorderen Ende der Okerstraße. Aus diesem Grund müssten Sozialarbeiter als „schnelle Hilfe für die Okerstraße“ aktiv werden. Von einer „Task Force“ mit Sondervollmachten, beispielsweise

im Datenaustausch mit der Polizei, war nie die Rede.

In der Tat bezweifeln viele, dass so starker Wirbel überhaupt entstanden wäre, wenn das rote Haus, in dem auch Romafamilien leben, und die Traube aus trinkenden Menschen mit Hunden sich hinten am Flughafen und nicht am vorderen Teil der Okerstraße befinden würden. So kommen zwangsläufig alle Menschen auf dem Weg zur U-Bahn daran vorbei: Schüler, Studenten, Berufstätige, Erwerbslose. Diejenigen, die ab Mittags auf der Straße stehen und sie als Lebensraum nutzen, werden zum Stein des Anstoßes. Das Quartiersmanagement bezeichnet in seinem Strategiepapier die betroffenen „Roma“ und „Trinker“ als „Problemgruppen“ und seither muss es sich für „rassistische Diskriminierung“ rechtfertigen. Damit nicht genug, erhob der Berliner Datenschutzbeauftragte Dix sofort Einwände gegen das, was auf Betreiben von Bürgermeister Buschkowsky und dem Quartiersmanagement in der „Arbeitsgruppe TFO“ der Polizei ermöglicht werden sollte. Befürchtungen wurden laut, ganze Romafamilien könnten bei Nacht und Nebel abgeschoben werden.

Die im Schillerkiez seit „Squat Tempelhof“ selbstbewusst und aggressiv auftretende autonome Szene geht auf Frontalopposition. Gegen die Fenster des QM Schillerpromenade flogen im Sommer Farbbeutel. DIE LINKE greift die stattfindende Gentrifizierung ebenfalls an. Sie setzt dabei auf politische Initiativen. Wie die meisten Anwohner in der Genezarethkirche und der Quartiersbeirat begrüßt sie, dass der Kreuzberger Träger „Integra“ die Sozialarbeit von einem Ladenlokal in der Okerstraße 44 aus sofort aufnimmt. Die Rolle der Polizei lässt DIE LINKE durch ihre Fraktionen im Abgeordnetenhaus und in der BVV kontrollieren. Bürgermeister Heinz Buschkowsky wird per Antrag gebeten, sich für die Wiedereinführung des Milieuschutzes einzusetzen, um weitere Mieterhöhungen zu unterbinden. Es geht um die soziale Gerechtigkeit. Bislang aber verwaltet Buschkowskys Bezirksamt über das Jobcenter Neukölln nur: Armut per Hartz-IV-Gesetz, 20 Prozent Bezugsrate, 60 Prozent Kinderarmut.

*DIE LINKE,
Basisorganisation Hermannstraße*